

tätigen Bauernschaft, der sich als fortschrittlichster Kern der werktätigen Bauernschaft in Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen hat.

Es kommt jedoch darauf an, daß alle Kreis- und Bezirksleitungen erkennen, daß sie nirgends eine Einengung des Bündnisses zulassen dürfen. Das Bündnis hat sich immer und stets auf die gesamte werktätige Bauernschaft, ganz gleich, ob Genossenschafts- oder individuell wirtschaftende Klein- und Mittelbauern, zu erstrecken. Sie alle gilt es täglich und stündlich mit der Politik von Partei und Regierung vertraut zu machen. Das bedeutet aber, daß Partei- und Staatsorgane ständig den innigsten Kontakt zu den Genossenschaftsbauern und zu den Klein- und Mittelbauern hersteilen und sich mit den Fragen des Dorfes beschäftigen, um der werktätigen Bauernschaft jederzeit politische sowie materielle Hilfe zukommen lassen zu können.

Seit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus hat auch die Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik eine große Entwicklung durchlaufen. Gestützt auf die Unterstützung von Partei und Staat, entfalteten die werktätigen Bauern in den meisten unserer Dörfer eine große Aktivität. Es ist jedoch Tatsache, daß die Landwirtschaft trotz ihrer Leistungen und Erfolge gegenüber dem Tempo der Entwicklung in der Industrie zurückgeblieben ist. Der jetzige Stand unserer landwirtschaftlichen Produktion, sowohl im Ackerbau wie auch in der Viehwirtschaft, entspricht noch nicht den vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Ursachen für das Zurückbleiben sind verschieden. Eine davon ist die Unterschätzung und die immer noch vorhandene ressortmäßige Einengung der Fragen des Dorfes und der Landwirtschaft, die es sowohl in den Staatsorganen wie auch noch im Parteiapparat gibt.

Es steht weiterhin fest, daß seitens der Staatsorgane, vor allem seitens der Genossen im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, bisher nicht mit der notwendigen Energie und Konsequenz für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion gekämpft wird. Ja, man möchte im Ministerium sogar noch die ökonomischen von den politischen Fragen des Dorfes trennen.

Eine Kontrolle ergab, daß die Parteiorganisation und auch die Belegschaft des Rates eines so wichtigen Landkreises wie Sternberg bis zum 18. März sich mit den Beschlüssen des 17. Plenums des Zentralkomitees und dem Ministerratsbeschluß vom 4. Februar 1954